

Die Gemeinden und die Lebensmittelversorgung.

Berlin, 22. Oktober.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde einstimmig der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß wir in Deutschland, wenn auch auf einzelnen Gebieten eine Knappheit besteht, an Nahrungsmitteln keinerlei wirklichen Mangel haben, daß aber die Lebensmittelinteressenten den Krieg nach wie vor als Konjunktur ausnützen. Einstimmig wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung dem frevelhaften Spiel ein Ende machen und auch der städtischen Bevölkerung, die in reichem Maße alle Opfer des Krieges mitträgt, zu ihrem Rechte verhelfen wird. Oberbürgermeister Bermuth legte die umfangreiche Tätigkeit dar, die die städtische Verwaltung bei der Lebensmittelversorgung ausübt hat. Er sprach die Hoffnung aus, daß die jetzt zu ergreifenden Maßnahmen mit der größten Beschleunigung und Energie ergreifen, und daß sie das ganze Reich ergreifen werde, sonst könnte eine sehr schädliche Zersplitterung des Berliner Wirtschaftslebens eintreten. Die letztere Gefahr könne noch stärker werden, wenn einzelne Gegenden versuchten, sich durch Ausfuhrverbote ihren Ueberfluß an Milch und Butter zu sichern und den Abfluß, namentlich nach Berlin, zu verhindern. Die Berliner Abmeltwirtschaften erzeugten täglich hunderttausend Liter Milch. Es sei für die Versorgung mit Kinder- und Säuglingsmilch von allergrößter Bedeutung, die genügenden Mengen Futtermittel zu erhalten. Die Reichsgetreidestelle soll im ganzen zweimalhunderttausend Tonnen Roggenschrot

vertreiben. Wir mit unserer Bevölkerung von zwei Millionen Menschen haben davon einhundertzwanzig Tonnen erhalten. (Lebhaftes Hörl! Hörl!) Daß wir uns dabei nicht beruhigen können, ist klar. Seit Beginn des Krieges hat sich die Gesamtausgabe für Lebensmittel seitens der städtischen Verwaltung auf mindestens sechzig Millionen belaufen. Pflicht für alle sei, in der Bevölkerung das Bewußtsein wachzuhalten, daß die Nahrungsmittelversorgung nach den Grundsätzen völliger Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit vor sich geht.

Am Schluß der Sitzung wurde die Vorlage des Magistrats, Milcharten für Kinder und Kranke einzuführen, ohne Erörterung angenommen.

b. Dresden, 21. Oktober. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Das Sächsische Ministerium des Innern hat heute eine Bekanntmachung erlassen, die sich scharf gegen die neuen Treibereien auf dem Kartoffelmarkt wendet. Es weist darauf hin, daß für alle Kartoffelerzeuger mit mehr als zehn Hektar Kartoffel-Anbaufläche die Verpflichtung bestehe, 10 Prozent ihrer Ernte für die Abgabe zu Grundpreisen zur Verfügung der Kommunalverbände zu halten. Diese Verpflichtung besteht auch dann fort, wenn der Erzeuger bereits Kartoffeln verkauft und nur noch soviel Vorräte hat, wie er für sich gebraucht. Es bestehe ferner nicht die allgeringste Aussicht auf eine Erhöhung der Kartoffelgrundpreise. Solche auch nicht für den Fall, daß die in Aussicht genommene Kartoffelversorgung auf unerwartete Schwierigkeiten stoßen würde. Sollte dieser Fall eintreten, so würde ein scharfer Eingriff unvermeidlich, selbst wenn dabei berechtigte Wünsche der Kartoffelerzeuger zurückgestellt werden müßten. Solche Maßnahmen, die nicht nur gegen die Erzeuger, sondern auch gegen den Großhandel sich richten könnten, seien nur zu vermeiden, wenn der Bedarf der Reichskartoffelstelle zu Grundpreisen in der nächsten Zeit gedeckt wird. An alle Beteiligten ergeht daher die dringende Aufforderung, an ihrem Teil die glatte Erledigung des Sicherungsgeschäftes zu erleichtern und damit ihrer vaterländischen Pflicht zu genügen.

b. Dresden, 21. Oktober. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Der stellvertretende kommandierende General des 12. Armee-Korps hat in seinem Bezirk den Höchstpreis für ein Pfund Butter bester Ware im Kleinhandel auf 2,80 Mk. festgesetzt. Die Ausfuhr von Butter aus dem Korpsbezirk zu einem höheren Preis ist verboten worden.

Zusammenkunft der nationalliberalen Reichstagsfraktion.

Die brennenden Fragen der Lebensmittelversorgung sollen von der nationalliberalen Reichstagsfraktion einer eingehenden Besprechung unterzogen werden. Zu diesem Zweck ist eine Zusammenkunft der Fraktionsmitglieder in Eisenach für Sonnabend, 6. November, angesetzt worden. Für die Beratungen sind drei Tage in Aussicht genommen.